

Das Donau-Main-Projekt.

— Frankfurt, 12. Febr. An der heutigen zur Erörterung des Donau-Main-Projektes abgehaltenen Konferenz im Frankfurter Rathaus nahmen teil Vertreter der bayerischen Regierung, der Finanzkommission der bayerischen zweiten Kammer unter Führung des Abgeordneten Held, von bayerischen und rheinischen Städten und Handelskammern, sowie Mitglieder des Frankfurter Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung, der Handelskammer, der Frankfurter Reichstagsabgeordnete Dr. Quarz, Landtagsabgeordneter Dr. Heilbrunn und Vertreter von Handel und Industrie von Frankfurt, Höchst, Griesheim usw. Nach einer Begrüßung durch Oberbürgermeister Voigt ging der bayerische Landtagsabgeordnete Held in ausführlichen Darlegungen auf das Donau-Main-Projekt ein. Die Erkenntnis vom wirtschaftlichen Wert einer Großschiffahrtsverbindung zwischen Rhein und Donau sei während des Krieges außerordentlich gefördert worden. In allen beteiligten Kreisen bestehe heute Klarheit darüber, daß die Schaffung eines Wasserwegs von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer eine unabwiesliche Notwendigkeit sei. Das Verständnis für die Bedeutung der Donau im Wirtschaftsleben der Mittelmächte und ihrer verbündeten Balkanstaaten sei stetig im Wachsen begriffen. Schon während des Krieges seien über 100 Millionen Mark deutsches Kapital in Donau-Schiffahrtsanlagen investiert worden. Die Durchführung des Gedankens, um der es bei dem Donau-Main-Kanal gehe, werde eines der erfolgreichsten Instrumente im Aufbau des künftigen Verkehrs- und Wirtschaftslebens sein. Abgeordneter Held besprach ferner die in der Vorlage der bayerischen Regierung geschilderten Einzelheiten des Projektes. Zu seiner Verwirklichung soll ein Stromverband gebildet werden. Die aufzubringenden Kosten in Höhe von 650 Millionen Mark denkt man so zu teilen, daß das Reich und Bayern 300, die anliegenden Städte 100 Millionen Mark und die interessierte Industrie am Rhein und Main und an der Donau den Rest zu übernehmen hätten. Die Bauzeit wird auf 6 bis 7 Jahre geschätzt. Die Projektierungskosten, also die Ausgaben für die Entwurfsarbeiten, deren Inangriffnahme die Vorlagen der bayerischen Regierung bezweckt, werden etwa 5 Millionen Mark betragen. Davon soll Bayern 2 Millionen übernehmen und das Reich dieselbe Summe beitragen. Eine Million hätten die in Frage kommenden Städte aufzubringen. Vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Körperschaften erklärte sich Frankfurt zur Leistung eines Beitrags von 100 000 Mark bereit, und zwar unter der Voraussetzung, daß ihm im Beirat eine Vertretung zugewilligt werde. Die 100 000 Mark sollen so aufgebracht werden, daß die Stadt 50 000 Mark übernimmt, während Handel und Industrie die restlichen 50 000 Mark aufbringen, wofür die Handelskammer zu sorgen hätte. Erwogen wurde die Frage, ob Preußen und Hessen zu den Entwurfsarbeiten herangezogen werden sollten. Indessen einigte man sich, davon abzusehen, um die Arbeiten nicht erneut durch Verhandlungen in Stillstand kommen zu lassen. Außer dem Abgeordneten Held sprachen der Vertreter der bayerischen Regierung, Landtagsabgeordneter Dr. Heilbrunn, Oberbürgermeister der vertretenen Rhein- und Mainstädte, Handelskammervertreter usw. Eine einstimmig angenommene Entschließung stimmt dem Gedanken des Donau-Main-Projektes, wie er in der Vorlage der bayerischen Regierung umschrieben wird, zu und bezeichnet Frankfurt als den Vorort der außerbayerischen Interessen an dem für das Wirtschaftsleben Deutschlands und Mitteleuropas so wichtigen und verheißungsvollen Plane.